Der oberschlesische Wanderer

Gegründet 1828

Nr. 188
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Gleiwitz, den 16. August 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 15000 deutsche Mk., für poln. Oberschl. 1500 poln. Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 60000 deutsche Mark, in Polnisch-Oberschlesien 80000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus. — Durch die Post bezogen 160000 deutsche Mark. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Die einspaltige mm-Zeile kostet in Deutsch-Oberschlesien für auswärtige und amtliche Anzeigen 12000 deutsche Mk., für Ortsanzeigen 9000 deutsche M., Reklame-mm-Zeile für auswärtige Anzeigen 36000 deutsche M., für Ortsanzeigen 24000 deutsche M.; in Polnisch-Oberschlesien f. auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. M., für Ortsanzeigen 1500 poln. M., Reklame-mm-Zeile 6000 und 4000 poln. Mark. Angebots- u. Auskunftsvermittelung 500 M. und Porto. Beilagengebühr 10000 M. ‰. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akkord. od. bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Schärfere Bekämpfung der Lebensmittelnot

Teuerungsputsche im Reiche

Cb. Berlin, 16. August. (Eig. Ber.) Heute vormittag liegen neue Meldungen über blutig verlaufene Teuerungs-Unruhen im Reiche vor. Aus Aachen werden 5 Tote, aus Gelsenkirchen 11 Tote und aus Trier 16 Tote und etwa 30 Verwundete als Opfer der Unruhen gemeldet. Ueber Aachen und Trier ist der Belagerungszustand verhängt. 80 000 Ausländer haben in den letzten Tagen die Reichshauptstadt verlassen.

*

Während die Franzosen mit immer schärferem Druck die Inbetriebsetzung der Zechen und Kokereien unter heimlichen Schikanen zähe betreiben und durch Androhung der Verjagung von Haus und Hof den Druck auf die Bergleute verstärken und den wackeren Männern des Widerstandes so das Leben vergällen — daß es im Ruhrgebiet unter der Geld- und Lebensmittelknappheit schwerer, als im unbesetzten Gebiet zu ertragen ist, lassen die Kommunisten nicht von ihren Plänen ab, durch politische Ausnützung der Lebensmittelnot, das Chaos im besetzten Gebiet zu steigern, die Macht an sich zu bringen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets haben dieses Treiben, diesen Kampf um die Ordnung satt. So wendeten sich die Bergarbeiterverbände in einem Aufruf an ihre Kameraden gegen die Generalstreikhetze der Kommunisten und Syndikalisten. Der Generalstreik wäre der Auftakt zum Bürgerkrieg und würde unsagbares Elend über das Land bringen. Die Arbeiter werden gebeten, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, sondern Vertrauen in die gesetzgeberischen Regierungsmaßnahmen (Steuergesetze) zu setzen, die sicher in ihrer Auswirkung geeignet seien, der Geldentwertung abzuhelfen und die Ernährungslage zu bessern. Es gelte den Bestand des Reiches zu wollen und die deutschen Arbeiter der Ruhr nicht fremder Fron auszuliefern.

Mit Gewaltmitteln ist auch keineswegs eine dauernde Besserung herbeizuführen. Mit Maschinengewehren und Handgranaten lassen sich wohl Plünderungen inszenieren, aber keine Bevölkerung dauernd satt machen. Die Wirtschaft muß intakt bleiben. Dieser Besonnenheit der Arbeiter muß aber der Opferwille des Besitzes gegenüber stehen. Die schamlose Bereicherung der Fabrikanten und der Landwirtschaft aus der Notlage der Bevölkerung muß aufhören. Die Banken müssen weniger Geld (ihrer Einleger) in Valuten investieren, dann ist auch hinreichend Geld an Lohnzahlungstagen vorhanden. Der Rücklauf des Geldes bei den Banken ist nicht so knapp, wie glauben gemacht wird. Die Banken sind nur robust genug, die Einzahlungen der Detaillisten und Kaufleute spekulativ zu verwenden. Für den Ankauf von Polennoten ist Geld vorhanden ... Sonst speist man deutsche Firmen, trotz ihrer erheblichen Guthaben, mit einigen Millionen ab. Wenn dann Krawalle entstehen, muß der kleine Geschäftsmann nochmals das Kamikel hergeben. Wer das Chaos nicht will, fördere es auch nicht; die Profitwut mancher Kreise ist geradezu staatsgefährlich geworden ...

Von gewissen Elementen werden diese skandalösen Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben geschickt ausgenützt. Wohin Ordnung und Sicherheit gelangen können, demonstriert folgende Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion und andere Meldungen über Unruhen im Reiche:

Cb. Berlin, 16. August. (Eig. Ber.) Hier sind für kommenden Sonntag allgemeine Massenspaziergänge nach dem Lande von den kommunistischen Betriebsräten und dem Erwerbslosenrat anberaumt worden. In den Ankündigungen heißt es, daß Rucksäcke und Feldhacken mitzubringen sind. Da mit der Möglichkeit von großen Plünderungen auf dem Lande zu rechnen ist, sind auf Anordnung des Ministers des Inneren Sicherheitsmaßnahmen durch Polizei und Feldjäger getroffen worden.

Aus dem Westen lauten die Meldungen keineswegs erfreulicher. Welche Opfer solche Ausschreitungen fordern, haben wir an der Spitze dieses Artikels summarisch dargetan. Die Schamröte müßte den Profitgiern ins Gesicht steigen. Wer sein vaterländisches Interesse nur im groben Verdienen betätigt, muß sich nicht wundern, wenn die Masse das Hungern satt bekommt. Das deutsche Volk hat in diesen neun Monaten wirklich viel für das Reich geduldet — die Wirtschaft aber begeht schamlosen Frevel, wenn sie den Aufbauwillen des deutschen Volkes sabotiert.

*

:: Aachen, 16. August. Ueber Aachen ist heute der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Franzosen sehen untätig zu

Gelsenkirchen, 16. August. In Datteln kam es heute nachmittag zu schweren Ausschreitungen. Etwa 5—6000 kommunistische Elemente bedrohten den Amtsbeigeordneten Wulle, dem ein Margarinefaß über den Kopf gestülpt wurde. Desgleichen wurde die zur Besetzung des Amtshauses herbeigeeilten Polizeibeamten, die auf Zusicherung freien Geleits ihre Waffen abgegeben hatten, mit Knüppeln schwer mißhandelt. Acht Beamte mußten schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Verstärkungen aus Recklinghausen wurden gleichfalls von der Menge angegriffen. Sie hatten drei Verletzte. Auf Seiten der Ruhestörer wurden soweit bis jetzt bekannt ist, fünf Mann verletzt. Zurzeit ist Ruhe eingetreten. Die französische Besatzungsbehörde hatte ein Eingreifen abgelehnt.

Plünderungen in Herne

Herne, 16. August. Die Lage in Herne war seit einigen Tagen schon gebessert. Gestern ist es nunmehr zu Plünderungen gekommen. Arbeitslose, verstärkt durch ortsfremde Elemente versuchten die Bevölkerung durch den Mangel an Zahlungsmittel und die große Teuerung aufzuputschen. Gestern kam es auf der Bahnhofstraße zu stark organisierten Ansammlungen. Gegen 4 Uhr wurde das Konfektionshaus Fischer von der Menge besetzt und zunächst gezwungen, zu ermäßigten Preisen zu verkaufen. Da der Tumult immer stärker wurde, konnte das Personal die Massen nicht mehr halten und es kam zu einer planmäßigen Ausplünderung der gesamten Warenvorräte. Diese wurden durch die zertrümmerten Fensterscheiben auf die Straße geworfen und vom Mob an sich genommen. Gleichzeitig setzte ein Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte, von denen ein großer Teil ausgeplündert wurde. In einigen Geschäften wurden die Waren zu herabgesetzten Preisen, die von einem „Ausschuß" festgesetzt wurden, ausgegeben. Die Polizei war vollkommen machtlos.

Neue Forderungen der Gewerkschaften

Berlin, 15. August. Die Regierungserklärung Stresemanns hat die Gewerkschaften nicht befriedigt. Gestern Abend hielten Vertreter der Gewerkschaften eine Konferenz mit den sozialistischen Ministern des Reichskabinetts ab, in der weitergehende Forderungen der Gewerkschaften, besonders in der Bekämpfung der fortschreitenden Lebensmittelverteuerung formuliert worden sind. Die Vertreter der Gewerkschaften werden Sonnabend Vormittag vom Reichskanzler empfangen werden.

Giesberts lehnt ab

:: Berlin, 15. August. Im Reichsanzeiger wird das Kabinett Stresemann in seiner vorläufigen Zusammensetzung amtlich bekannt gegeben. Außerdem wird mitgeteilt, daß der Reichspräsident das Mitglied des Reichstages, Legationsrat Freiherr von Rheinbaben, zum Staatssekretär in der Reichskanzlei ernannt hat.

!! Berlin, 15. August. Die Neubesetzung des Reichspostministeriums ist noch nicht erfolgt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hat der Abgeordnete Giesberts, der bekanntlich vom Zentrum vorgeschlagen war, auf seine Kandidatur verzichtet.

Havenstein geht nicht

Berlin, 16. August. Der Reichsbankpräsident Havenstein war gestern Abend beim neuen Reichskanzler. Wie wir erfahren, lehnt Herr Havenstein als unabsetzbarer Beamter der autonomen Reichsbank, weiterhin ab, sein Demissionsgesuch einzureichen.

Besprechung der Ernährungslage

-:- Berlin, 15. August. Das neue Reichskabinett hat heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Stresemann seine erste Sitzung abgehalten, in der die Ernährungslage besprochen wurde. Die Sitzung begann um 11 Uhr und war um 1 Uhr zu Ende.

Katastrophale Erhöhung der Eisenbahntarife

Berlin, 15. August. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, tritt am 20. August eine Erhöhung aller Eisenbahntarife ein, die infolge der Kohlenpreiserhöhung über das vom Reichseisenbahnrat beschlossene Ausmaß hinausgehen müssen. Die Personen- und Gepäcktarife sollen um 900 Prozent und die Gütertarife um 2000 Prozent erhöht werden. Die Indextarife werden im Güterverkehr am 20. August, im Personenverkehr am 1. September eingeführt. Die Schlüsselzahl für die Indextarife im Güterverkehr beträgt 1,2 Millionen.

Lebensmittelmangel

Mühlheim, 15. August. Die Belegschaften der hiesigen Zechen, mit Ausnahme der Zeche Hagenbeck, sind wieder eingefahren, üben jedoch heute noch passive Resistenz. Auf den Zechenwerken wird voll gearbeitet. In Oberhausen sind die Belegschaften der Zechen überall eingefahren, dagegen dauert in Wanne die passive Resistenz trotz häufiger Vorauszahlungen an. In Buer und Gladbeck wird, nachdem das für Lohnauszahlungen erforderliche Geld flüssig gemacht worden ist, überall gearbeitet. Der Lebensmittelmangel hält unverändert an. In Gevelsberg wird der gestern von den Kommunisten proklamierte Generalstreik infolge der überwiegend radikalen Einflüsse fast restlos durchgeführt, nur in einigen kleineren Betrieben wird noch gearbeitet. Die Gewerkschaften lehnen den Streik ab. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

In Stettin wird weiter gestreikt

!! Stettin, 15. August. Die Werftarbeiter lehnten das Unternehmerangebot, das auf zwei Millionen Mark Vorschuß, Einstellung sämtlicher Entlassenen lautete, einstimmig ab. Der Streik geht also weiter. Neu in den Streik getreten ist die Belegschaft der Oderwerke, sowie die Hafenarbeiter Stettins.

Der Reichsindex

!! Berlin, 16. August. Der Reichsindex des Statistischen Reichsamtes beträgt in der Woche vom 7.—13. August 436 935, d. h. eine wöchentliche Steigerung um 192,2 %.

Landwirtschaft und Goldanleihe

Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner gestrigen Rede eindringlich alle Bevölkerungsschichten zur Zeichnung der Goldanleihe aufgefordert. Es berührte äußerst peinlich, so wird uns aus parlamentarischen Kreisen geschrieben, daß Dr. Helfferich erklärte, die Landwirtschaft verfüge zur Zeit über so wenig Kapital, daß sie nur wenig Goldanleihe zeichnen könne.

Gerade die Landwirtschaft hat bekanntlich ungeheure Gewinne erzielt und es ist nicht gut erklärlich, warum gerade sie über besonders wenig Kapital verfügen sollte, über weniger als andere Berufskategorien. Der „Patriotismus" der Agrarier scheint auch jedesmal nur Lipendienst zu sein. Gerade um den Landwirten wertbeständige Bezahlung zu gewährleisten, sollte die Goldanleihe aufgelegt werden. Sind sie es nun, die sie — als einzige — sabotieren wollen?

Englands Ratschläge

:: London, 15. August. Dem diplomatischen Berichterstatter des „Evening Standard" zufolge werde einer der ersten Schritte der britischen Regierung die Einleitung der Sachverständigenuntersuchung über die deutsche Zahlungsfähigkeit sein. Dies werde jedoch voraussichtlich erst nach Empfang der Antwort Poincares geschehen. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" erfährt dagegen, es brauche nicht angenommen zu werden, daß die britische Regierung augenblicklich irgendeine genaue Form einer separaten Aktion im Sinne habe. Wenn aber Frankreich und Belgien bei ihrer unabhängigen Politik verharren, so werde auch Großbritannien eine eigene unabhängige Politik verfolgen müssen. England habe auf jeden Fall augenblicklich keinerlei Absicht, sich in die innere deutsche Politik zu mischen, verfolge aber diese Politik mit großem Interesse. Es sei Deutschlands eigene Aufgabe, finanziell und wirtschaftlich zu gesunden, bevor England irgendetwas mit Deutschland zu tun haben kann.

Wieder 50 Milliarden geraubt

Witten, 15. August. Die Franzosen beschlagnahmten hier 50 Milliarden, die für die Reichsbank bestimmt waren. In Dortmund besetzten sie die Büros des Reichs- und Staatskommissars im Oberbergamt. Die Zeche Hugo Stinnes wurde von Belgiern besetzt.

Frankreichs Sozialisten machen mit

!! Genf, 15. August. Die sozialistischen Zeitungen Frankreichs veröffentlichen jetzt Tagen Aufrufe der Regierung an die französische Arbeiterschaft, sich freiwillig für die beschlagnahmten Kohlenwerke und für die der zu beschlagnahmenden Industriebetriebe des Ruhrgebiets zu melden. Es wird doppelter Lohn in Frankenwährung sowie Kontrakt auf 3 Jahre zugesichert.

Englische Großbankiers kommen nach Berlin

Cb. Rotterdam, 16. August. (Eig. Ber.) Aus London wird gemeldet, daß gestern Abend 8 englische Groß-Bankiers von London nach Hamburg gereist sind, von wo sie sich nach Berlin weiter begeben wollen. Unter ihnen befindet sich der Vertreter der Londoner Morgan-Bank.

Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels

:: Berlin, 16. August. Die Reichsregierung trägt sich mit der Absicht über die Schaffung der wertbeständigen Anleihe hinaus, dem Gedanken des wertbeständigen Geldes konkretere Formen zu geben. Am Mittwoch haben hierüber Besprechungen mit wirtschaftlichen und berufsständischen Organisationen stattgefunden. Zunächst ist eine freiwillige nicht eine gesetzgeberische Aktion geplant. Bei diesem Plane handelt es sich darum, den Sachbesitz, der durch die Produktion der Landwirtschaft und Industrie (Kali, Kohle, chemische Industrie usw.) gegeben ist, für die Sicherung und Deckung eines neuen wertbeständigen Zahlungsmittels als Garantien nutzbar zu machen.

Oberpräsident und Minister Fuchs

-!- Paris, 16. August. (Eig. Ber.) Der zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannte Oberpräsident Dr. Fuchs wird den Blättern zufolge im Einverständnis mit den Regierungen des Reiches und Preußen auch während seiner Minister-Tätigkeit sein Amt als preußischer Oberpräsident der Rhein-Provinz beibehalten.

Ein Abtrünniger

:: Berlin, 16. August. (Eig. Ber.) Wie das Tageblatt mitteilt, dürfte der Abgeordnete Dr. Hülfler zum Reichspostminister ernannt werden. Das erste „Koalitionsopfer" der V. S. P. D. der sozialistische Abgeordnete des preußischen Landtages Gerhard Obuch veröffentlicht in der „Roten Fahne" eine Erklärung, nach der er mit dem heutigen Tage zur K. P. D. übertritt.

Verlängerung der Verkehrssperre

-!- München, 16. August. Wie vom Besatzungsamt in München-Gladbach mitgeteilt wird, ist die Verkehrssperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet bis auf weiteres verlängert worden.